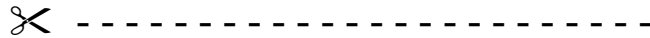


Sie möchten regelmäßig Informationen über  
Veranstaltungen des Rosa Luxemburg Clubs erhalten?



Hiermit bitte ich um weitere Informationen über

- die Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Veranstaltungen des Rosa-Luxemburg Clubs in Mönchengladbach

\_\_\_\_\_

Name

\_\_\_\_\_

Vorname

\_\_\_\_\_

Geburtsdatum

\_\_\_\_\_

Straße/Nr.

\_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort

\_\_\_\_\_

Telefon

\_\_\_\_\_

E-Mail

**Bitte einsenden an:**

Bernd Scherwatzki  
Friedrich Ebert Str. 127  
41236 Mönchengladbach

**Über die Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den großen Trägern politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versteht sich als ein Teil der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus. Hervorgegangen aus dem 1990 in Berlin gegründeten Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.«, entwickelte sich die Stiftung zu einer bundesweit agierenden Institution politischer Bildung, zu einem Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie zu einer Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung. An der Arbeit der Stiftung beteiligen sich viele ehrenamtliche Akteure.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung

- organisiert politische Bildung, verbreitet Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge in einer globalisierten, ungerechten und unfriedlichen Welt;
- ist ein Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus;
- ist ein Zentrum programmatischer Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus, ein sozialistischer Think-Tank politiknaher Alternativen;
- ist in der Bundesrepublik Deutschland und international ein Forum für einen Dialog zwischen linkssozialistischen Kräften, sozialen Bewegungen und Organisationen, linken Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen;
- fördert junge Intellektuelle mittels Studien- bzw. Promotionsstipendien;
- gibt Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität und unterstützt das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander.

**Kontakt zum Rosa-Luxemburg-Club Mönchengladbach**

E-Mail: [info@rlc-mg.de](mailto:info@rlc-mg.de)

Webseite: <http://www.rlc-mg.de>

V.i.S.d.P: Bernd Scherwatzki  
Friedrich Ebert Str. 127  
41236 Mönchengladbach

**ROSA LUXEMBURG CLUB  
MÖNCHENGLADBACH**



**Veranstaltungshinweis**

**„Arbeitsmarktpolitik neu  
ausrichten und nachhaltig  
finanzieren“**

**Ort:** DGB - Haus  
Rheydter Straße 328  
41065 Mönchengladbach

**Datum:** Donnerstag,  
den 25.10.2012

**Uhrzeit:** 19.00 Uhr

**Referentin:**



**Sabine Zimmermann  
MdB**

## Arbeitsmarktpolitik weiter auf Talfahrt

Trotz seiner fatalen Auswirkungen und trotz zunehmender Krisentendenzen am Arbeitsmarkt will die Bundesregierung an ihrem Sparkurs in der Arbeitsmarktpolitik festhalten. Statt die Einnahmeseite des Staates zu erhöhen, etwa durch eine Reichensteuer, will sie weiter Ausgaben kürzen. Als erstes nennt sie „Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung“, ferner in der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Rentenversicherung.

Im Bereich „Arbeitsmarkt“ will die Bundesregierung die Ausgaben von 2012 zu 2013 um 8,6 Mrd. € auf 31,4 Mrd. € senken. Bis 2016 will die Bundesregierung die Arbeitsmarkt-Ausgaben auf 29,8 Mrd. € zurückführen.

Infolge des bisherigen Kahlschlags hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt, wurde unterwertige, prekäre Beschäftigung gefördert. DIE LINKE fordert einen Kurswechsel. Nötig ist eine nachhaltige, Arbeitsmarktpolitik, die betroffene Menschen sozial integriert, Beschäftigungschancen von Erwerbslosen erhöht, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen nachhaltig stärkt, gute Arbeit fördert und in der Krise beschäftigungsstabilisierend wirkt.

**„Die Abschwächung des Arbeitsmarktes setzt sich fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist gegenüber dem Vormonat angestiegen. Gleichzeitig geht die Zahl der gemeldeten offenen Stellen zurück. Verunsicherung macht sich breit, angesichts der Krisenpolitik der Bundesregierung, die die Konjunktur im Euroraum mit ihren Spardiktaten für die Krisenländer immer mehr stranguliert. Nun schlägt sich dieser politische Irrweg auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nieder“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit**

## Ausgangspunkt: Das Sparpaket 2010

Die Entscheidung, die Arbeitsförderung drastisch zusammen zu streichen, traf die Bundesregierung bereits im Jahr 2010 mit dem von ihr beschlossenen „Sparpaket“. Danach sind 2011-2014 in der aktiven Arbeitsmarktpolitik 16 Mrd. Euro einzusparen. Zählt man den Bereich der Sozialleistungen dazu (wie z.B.

die Streichung des Elterngeldes oder der Rentenbeiträge für ALG II-Empfänger ergibt sich eine Kürzung von etwa 30 Mrd. €. Unterstützend dafür wirkt die 2011 beschlossene „Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“, die seit dem 1. April 2012 in Kraft getreten ist. Mit ihr wurden im wesentlichen Rechtsansprüche der Erwerbslosen abgebaut und Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigung deutlich eingeschränkt.

## Weniger Geld für die Bundesagentur

Durch verschiedene Umschichtungen sollen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Jahren 2013-2016 Gelder im Umfang von 5,1 Milliarden entzogen werden. Der Bund beteiligt sich auch nicht mehr an den Kosten der Arbeitsförderung (2007 entstanden als Gegenleistung zum gesenkten Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung).

### Kürzungen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (in Millionen Euro)

	2013	2014	2015	2016
Gestrichener Zuschuss d. Bundesregierung	6.127	4.956	4.970	4.975
wegfallender Eingliederungsbeitrag	3.973	3.975	3.976	3.976
Mindereinnahmen	2154	981	994	999

Verlierer dieser Maßnahme sind Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III, also die Arbeitslosengeld I- und Nichtleistungsempfänger. Denn diese werden von der BA „betreut“.

## Kürzungen im Bereich Hartz IV

Im Bereich des SGB II, also der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslosengeld II-Empfänger sollen die Ausgaben noch einmal um 11 Prozent sinken - von 4,4 Milliarden Euro 2012 auf 3,9 Milliarden Euro in 2013. Zu erinnern ist, dass 2010 für diesen Bereich noch 6,6 Milliarden Euro zur Verfügung standen. Dieser Rückgang steht in keinem Verhältnis zur rückläufigen Arbeitslosigkeit in diesem Bereich.

## Was die Bundesregierung verschweigt!

Dem im vergangenen Jahr beschlossenen Haushalt lag die Prognose zu Grunde, dass die Zahl der Arbeitslosen in 2012 auf 2,66 Millionen sinkt. Das lässt sich jedoch nicht mehr halten. Im aktuellen Finanzplan geht die Bundesregierung für dieses Jahr von 2,85 Mio. Arbeitslosen aus, die Bundesagentur in optimistischen Prognosen von 2,92 Millionen.

Auf den Etat der Arbeitsmarktförderung findet dies keinen Niederschlag. Im Gegenteil: Im Bereich von Hartz IV werden nach den Haushaltsplanungen der Bundesregierung über 470 Millionen € nicht ausgegeben. Der Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik muss gestoppt und zurückgedreht werden. Die Maßnahmen müssen sich am tatsächlichen Bedarf der Erwerbslosen orientieren, nicht an den Sparvorgaben des Finanzministers.

DIE LINKE fordert einen qualitativen Wechsel. Sie will eine Arbeitsmarktpolitik, die die Beschäftigungschancen von Erwerbslosen erhöht, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen nachhaltig stärkt und Entstehung und Vermittlung von guter Arbeit fördert. Bereits im April 2011 hat sie mit dem **Antrag „Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren“** dazu konkrete Vorschläge vorgelegt.

**„Vor dem Hintergrund eines schwächelnden Arbeitsmarktes wird sich der Sparwahn bei der Arbeitsförderung als Bumerang erweisen. Der Milliardenüberschuss bei der Bundesagentur kommt auf dem Rücken insbesondere von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen schwerbehinderten Menschen und älteren Arbeitslosen zustande, denen die notwendige Förderung bewusst vorenthalten wird“, erklärt Sabine Zimmermann, Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Soziales zu Medieninformationen über einen Milliardenüberschuss bei der Bundesagentur für Arbeit. „Die Bundesagentur für Arbeit wird von der Bundesregierung zur reinen Arbeitslosigkeitsverwaltungsagentur gemacht. Das ist ein Skandal.“**

**Eine Veranstaltung/Kooperation von  
RLS NRW und dem Rosa Luxemburg Club  
Mönchengladbach.“**